

Protokoll

Ort / Zeit: Rathaus der Stadt Wolfenbüttel, Ratssaal
Donnerstag, 07. Mai 2015, in der Zeit von 15:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Anlass: Hilfe und Unterstützung von Flüchtlingen in der Stadt Wolfenbüttel;
„4. Runder Tisch“

Teilnehmer/innen: s. Teilnehmerliste (Anlage 1)

Gesprächsinhalte und Ergebnisse des 4. Runden Tisches:

Herr Drahn begrüßt die anwesenden Vertreter/innen und Aktiven in der Flüchtlingsarbeit zur vierten Veranstaltung des „Runden Tisches“ und äußert sich insbesondere erfreut über die Anwesenheit zweier Ratsmitglieder sowie von Herrn Prof. Schott.

Anschließend berichtet er kurz über die bisherigen Ergebnisse sowie den aktuellen Stand in der Flüchtlingsarbeit der Stadt Wolfenbüttel und weist darauf hin, dass diese Thematik auch im nächsten Ausschuss für Jugend und Soziales der Stadt Wolfenbüttel am 28. Mai 2015 (Tagungsort: Lindenhalle, Sitzungsbeginn: 17:15 Uhr) behandelt werden wird.

Änderungswünsche zum Protokoll des letzten Runden Tisches am 24. März 2015 werden nicht geäußert.

Anhand der als Anlage beigefügten Power-Point-Präsentation erläutert **Herr Drahn** den Vorschlag des Tagungsverlaufs für den heutigen Nachmittag, dem die Teilnehmer zustimmen.

Die jeweiligen Ansprechpartner der einzelnen Handlungsfelder werden gebeten, Ergänzungs- und / oder Änderungswünsche zu dem vorliegenden Entwurf einer Willkommensmappe und den zusammengestellten Informationen für Einrichtungen und Ehrenamtliche per E-Mail an Frau Freier (Büroleitung Dezernent III) bis spätestens Dienstag, 12. Mai 2015, 12:00 Uhr zu senden. Hierzu gibt es zunächst keine Wortbeiträge.

Im Anschluss präsentiert Herr Mittmann den Auftritt des Runden Tisches auf der städtischen Internetseite <http://www.integration.wolfenbuettel.de/Fl%C3%BCchtlinge/Runder-Tisch>. Auch er bittet um Mitteilung diesbezüglicher Ergänzungs- und / oder Änderungswünsche per E-Mail an ihn oder Herrn Eser sowie um Übermittlung von Informationen über Veranstaltungen, die auf der Homepage eingepflegt werden sollen. Es besteht Konsens darüber, dass auch die Protokolle der einzelnen Sitzungen des Runden Tisches auf dieser Homepage veröffentlicht werden.

Herr Drahn zitiert eine aktuelle Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die Verdopplung der Flüchtlingszahlen in 2015 auf nunmehr 400.000 und verdeutlicht vor diesem Hintergrund, wie essenziell die zügige Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften ist. Deshalb hätten die Tiefbauarbeiten am künftigen Standort für die in modularer Bauweise entstehenden Unterkünfte auf dem ehemaligen Hockeyplatz an der Langen Straße bereits begonnen und man arbeite darüber hinaus konsequent an der Planung der voraussichtlich 1,5 Jahre andauernden Sanierung des alten Jugendgästehauses, für die der Landkreis Wolfenbüttel bereits im März einen Kreistagsbeschluss zur Finanzierung gefasst habe. Des Weiteren kündigt er das für morgen geplante Flüchtlingsgipfel-Treffen des Bundes und der Länder in Berlin an, bei dem es u.a. auch um Finanzierungsfragen gehen solle.

Er berichtet von einer Vielzahl von Teilnahmeanfragen in den letzten Tagen für den „Runden Tisch“, die er mit dem Einverständnis der Teilnehmer jedoch an die jeweiligen Sprecher der einzelnen Handlungsfelder verweisen möchte. Diese Vorgehensweise bietet sich an, um eine Überschreitung der Kapazitätsgrenzen des „Runden Tisches“ zu vermeiden und um die vorhandenen aufgabenspezifischen Strukturen effektiv nutzen zu können. Der unterbreitete Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Im Hinblick auf die Finanzierung der Projekte berichtet **Herr Drahn** über den Eingang von vier einzelnen Projektanträgen, die zunächst im Rahmen einer Kenntnisnahmevorlage dem städtischen Ausschuss für Jugend und Soziales am 28. Mai 2015 vorgelegt werden sollen. Es wird die Maßgabe abgestimmt, dass grundsätzlich keine einzelprojektbezogene, sondern eine handlungsfeld- und damit aufgabenspezifische Förderung erfolgen soll. Begleitet durch die Verwaltung stimmen sich danach der jeweilige zentrale Ansprechpartner und die einzelnen Netzwerkpartner über die konkreten, bedarfsgerechten Angebote und Leistungen im jeweiligen Handlungsfeld unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Ressourcen ab und können damit konkret aufzeigen, ob und ggf. in welchem Umfang finanzielle Mittel fehlen. Im Rahmen dieser Aufgaben- und Finanzplanung können im Bedarfsfall sodann ggf. auch die einzelnen Projekte, deren Förderung beantragt worden ist, Berücksichtigung finden.

Herr Hagedorn (AWO-Kreisverband) hält einen ganzheitlichen Ansatz grundsätzlich für sinnvoll, äußert jedoch seine Bedenken gegen diese Vorgehensweise. Er hält die Segmentierung für schwierig und weist darauf hin, dass bei der Mittelverwendung stets eine strikte Zweckbindung erforderlich ist.

Herr Eggers (Kirchengemeinde St. Ansgar/Petrus) teilt diese Bedenken und führt als Beispiel ein Projekt eines offenen Integrationstreffs im Roncalli-Haus an. Hierbei sei es schwer, den übergreifenden Finanzierungsbedarf lediglich einem Handlungsfeld zuzuordnen.

Frau Hunke (Freiwilligenagentur) bittet in diesem Zusammenhang darum, dass zwischen akut erforderlichen und Langzeitmaßnahmen differenziert wird. Darüber hinaus ist sie an einer Klärung interessiert, wie bzw. ob zwischen Trägern, die bereits mit Finanzmitteln ausgestattet sind und Trägern, denen keine Mittel zur Verfügung stehen, unterschieden wird.

Herr Drahn erklärt, dass sich sein Ansatz nicht auf separate Projektinteressen sondern vielmehr auf die finanzielle Steuerung der Projektgesamtheit bezieht. Um eine Dopplung von Projektstrukturen zu vermeiden, sei es sinnvoll, diese aufgabenspezifisch nach Handlungsfeldern zu ordnen und für diese Bereiche jeweils das insgesamt benötigte Finanzvolumen festzustellen.

Herr Senski (Caritas Kreisverband) berichtet über die bereits seit langem etablierte Arbeit im Projekt Elterncafe.

Frau Wesche (Ausschussvorsitzende Jugend und Soziales) spricht sich für die von Herrn Drahn vorgeschlagene Vorgehensweise aus. Aus ihrer Sicht ist es sinnvoll, die bereits ermittelten Handlungsfelder auszufüllen und nicht nur Einzelprojekte zu fördern, um auf diese Weise auch Synergieeffekte erzielen zu können.

Herr Eggers (Kirchengemeinde St. Ansgar/Petrus) stimmt zu, dass eine themenorientierte Finanzierung im Rahmen des nunmehr gebildeten Netzwerkes auch aus seiner Sicht sinnvoll ist, allerdings müsse die letztendliche Entscheidung durch die Politik getroffen werden. Hierbei könnten die Träger seiner Auffassung nach lediglich eine Art Stellungnahme abgeben, die Zuordnung zu den konkreten Handlungsfeldern müsse aus seiner Sicht allerdings dem Rat obliegen. Darüber hinaus seien Projekte seines Erachtens nur erfolgversprechend, wenn sie auch übergreifend geplant und durchgeführt werden können.

Herr Drahn hält eine Flexibilisierung des unterbreiteten Vorschlages durchaus für umsetzbar, weist jedoch darauf hin, dass auch diese Entscheidung durch den Rat bzw. den Verwaltungsausschuss getroffen werden muss. Als übergeordnete Frage sei zu klären, wie ein möglichst effizienter und wirkungsvoller Mitteleinsatz erreicht werden kann.

Herr Brix (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) berichtet von seiner u.a. der Presse entnommenen Wahrnehmung eines mitunter bestehenden Konkurrenzkampfes der Träger untereinander was die Durchführung von Projekten zur Unterstützung der Flüchtlinge anbelangt. Er hält es für angebracht, wenn der Rat als Entscheidungsgremium zunächst einen Finanzierungsentwurf seitens der Träger erhält und anschließend auf dieser Basis entscheidet.

Herr Theissen (Kinderschutzbund) erkundigt sich danach, welche Fristen für die Mittelanmeldungen bzw. jeweiligen Antragstellungen zu beachten sind und in welchem Umfang Kalkulationen bzw. Projektanträge erstellt und gestellt werden müssten.

Herr Drahn erläutert den diesbezüglichen Ablauf und verdeutlicht, dass Haushaltsmittel grundsätzlich für ein Jahr zur Verfügung gestellt werden können. Allerdings müsse ohnehin zunächst die erforderliche Höhe geklärt werden. Ihm sei durchaus bewusst, dass eine Verknüpfung von einzelnen Projekten mit den jeweiligen Handlungsfeldern eine Herausforderung darstellt, zumal es auch übergreifende Bedarfe gibt. Insgesamt spricht er sich für die Entwicklung von Einzelanträgen zu einer Teamarbeit aus, die durch eine übergreifende Ermittlung der Bedarfe und geplanten Leistungen eine fundierte Entscheidungsgrundlage bilden könne.

Frau Hohl unterbreitet als Zwischenschritt der Kommunikation den Vorschlag, dass vor Beteiligung des Rates ein Austausch zwischen den einzelnen Ansprechpartnern der elf Handlungsfelder erfolgt.

Frau Hunke (Freiwilligenagentur) regt indes an, dass zusätzlich zu den auf diese Weise ermittelten Bedarfen noch ein gewisser „Akutbedarf“ finanziell berücksichtigt wird. Hierfür könnten nach ihrer Auffassung Pauschalmittel zur Verfügung gestellt werden, die nicht dieser engen Zuordnung unterliegen müssten.

Herr Senski (Caritas Kreisverband) unterstreicht, dass sich die tägliche Beratung im Rahmen der Flüchtlingshilfe inzwischen auf das Vierfache gesteigert habe.

Frau Hunke (Freiwilligenagentur) weist ergänzend auf die Initiative des Stadtteilnetzwerks Nord-Ost hin, welches ein separates Treffen speziell für diesen Stadtteil organisiert. Aufgrund ihrer Nachfrage wird festgestellt, dass in anderen Stadtteilen bislang keine vergleichbaren Initiativen existieren. Der Entwurf der diesbezüglichen Einladung wird daraufhin verteilt.

Frau Hupp (Kulturbüro - Stadt WF) erhält auf ihre Nachfrage von Herrn Drahn die Auskunft, dass die Handhabung der Wolfenbüttel-Card bezogen auf Flüchtlinge als neu unterstützter Personenkreis Bestandteil der in Vorbereitung befindlichen Beschlussvorlage ist. **Frau Hohl** fügt hinzu, dass es für sie hierbei auf eine möglichst schnelle Ausgabe, nach Möglichkeit bereits im Rahmen des „Startpakets“ nach der Ankunft in Wolfenbüttel ankommt.

Nachdem **Frau Caceres** die aus ihrer Sicht bestehende Problematik zu hoher Kosten für Busfahrten geschildert hat, bringt **Frau Walter (Landkreis Wolfenbüttel)** den Vorschlag ein, das neu entwickelte Pendlerportal für eine mögliche Problemlösung in Betracht zu ziehen. Sie bittet auch darum, diese Möglichkeit im Handout aufzunehmen.

Abschließend sind sich die Teilnehmer/innen darüber einig, dass zur Klärung der projektbasierten Finanzierungsbedarfe zunächst ein Austausch in den handlungsfeldspezifischen Unterarbeitsgruppen zwischen den jeweiligen Netzwerkpartnern erforderlich ist.

Als nächster Sitzungstermin wird

Dienstag, der 30. Juni 2015, um 15:30 Uhr im Ratssaal des Rathauses

bestimmt.

Herr Drahn dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konstruktive Beratung und schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

Für das Protokoll

gez. Dopsloff